

# **Europe Calling: “Black Box Council – Neue Einblicke in die geheimen Verhandlungen des Rates der EU”**

## **Montag, 30.11.2020, 10:00 bis 11:30 Uhr**

### **ÜBERSETZUNG AUS DEM ENGLISCHEN**

Guten Morgen! Ich heiße Leonie Wagener und fasse hier im Dokument auf Deutsch zusammen, was im Webinar auf Englisch gesagt wird, und andersrum.

Good morning everyone! My name is Leonie Wagener and I will be providing an English-language summary of the German contents of the webinar and vice versa.

Sven: Herzlich willkommen! Wir warten noch ein paar Minuten, bis alle da sind.

Herzlich willkommen bei der 68. Ausgabe von Europe Calling, unserer Webinarreihe. Heute haben wir ganz besondere Gäste: Harald Schumann von Investigative Europe und Vicky Cann vom Corporate Europe Conservatory.

Es gibt jetzt eine Veröffentlichung zur Intransparenz des Rates von Investigative Europe. Dieses Thema ist mir wichtig, weil das im EU-Parlament anders läuft: Da wird öffentlich diskutiert und verhandelt und dann werden die Kompromisse abgestimmt. Das bedeutet, dass jedes Gespräch protokolliert wird und transparent ist. Wir halten uns damit an den gleichen Vertrag wie der Rat und die Kommission. Leider scheint der Rat zu meinen, dass er Geheimhaltung betreiben kann. Ein Organ der EU verweigert sich also der Transparenz. Das Verhalten des Rats ähnelt dem des deutschen Bundesrats, wo die Entscheidungen auch nicht öffentlich sind. Im Rat werden allerdings Entscheidungen für eine ganze Gruppe Länder getroffen, und es geht um Rechenschaftspflicht.

Zuerst hören wir von der Journalistenseite zu diesem Thema und danach von Vicky, die sich schon lange für die Verfügbarmachung von Dokumenten einsetzt und die praktische Seite vertritt.

Es ist mir eine Ehre, den Verfasser einer Artikelreihe im Tagesspiegel zu Gast zu haben: Harald Schumann.

Harald: Danke für die Einladung, Sven. Ich berichte schon seit 30 Jahren über EU-Themen. Der Rat ist eins der zwei legislativen Organe der EU, und ich habe viel gefunden, was sogar mich überrascht hat. Meiner Erfahrung nach kennen sich die meisten Bürger\*innen nicht gut mit europäischer Gesetzgebung aus, deshalb gebe ich eine kurze Einführung.

(Folieneinblendung)

Das ist der Gesetzgebungsprozess. Die Kommission schlägt Gesetze vor. Das Parlament und der Rat der Europäischen Union beraten dazu. Das EU-Parlament ist auch öffentlich

und transparent, aber der Rat nicht. Im Fernsehen sehen wir meistens die Treffen der Staats- und Regierungschefs, aber das sind nicht die Entscheidungsfindungen, sondern die finden im Ministerrat statt. Die Entscheidungen werden aber nicht nur von Ministern getroffen. Das Organ ist sehr komplex und hat 150 Arbeitsgruppen mit 4.000 Sitzungen im Jahr, die meisten davon geheim. Wenn man nicht weiß, was verhandelt wird, kann man auch keine kritischen Fragen stellen. Wir wissen nicht, was mit Gesetzesentwürfen im Rat passiert. Sie verhandeln unter Ausschluss der Öffentlichkeit, nur die Ergebnisse werden veröffentlicht. Die Protokolle sind nicht einsehbar.

Die Bürgerbeauftragte der EU hat ebenfalls gesagt, dass EU-Gesetzgebung für Bürger\*innen deshalb nicht nachvollziehbar ist. Das bringt Probleme für die Legitimität der EU mit sich. Die Beamten müssen sich nicht rechtfertigen. Es wurde zwei Jahre lang über den Rule of Law-Mechanismus verhandelt, also ob Gelder abhängig gemacht werden von Rechtsstaatlichkeit. Dieser Mechanismus wurde vor zwei Jahren von der Kommission vorgeschlagen und seitdem wurde im Rat keine Entscheidung getroffen. Einige Länder haben mit den polnischen und ungarischen Vertretern abgestimmt, z.B. die Italiener. Das hat die Verhandlungen im Rat sehr schwierig gemacht. Außerdem wurde gleichzeitig auch der Haushalt abgestimmt. Wäre das schon vor zwei Jahren öffentlich gewesen, wäre es sicher anders ausgefallen.

Der Rat hat außerdem keine zeitlichen Befristungen für die Entscheidungsfindung. Er kann also immer weiter verzögern, wenn keine Entscheidung gefunden wird. Wir haben ein Thema gefunden, das seit 8 Jahren nicht entschieden ist, nämlich die Frauenquote in Aufsichtsräten von börsennotierten Unternehmen. Der Rat weigert sich, eine Entscheidung zu treffen, weil konservative Vertreter z.B. aus Ungarn und Polen die Quote nicht wollen, und dann waren plötzlich auch Dänemark, Schweden, Deutschland und die Niederlande dagegen. Der Hauptgrund dafür war, dass diese Länder die Entscheidung nach diplomatischen Regeln treffen wollten. Da gibt es also bis heute eine Sperrminorität.

Im deutschen Bundesrat gilt die einfache Mehrheit. Im Rat hingegen braucht man eine doppelt qualifizierte Zweidrittel-Mehrheit, und mindestens 15 Länder. Das schützt eigentlich die kleinen Länder vor der Übermacht der großen. Andererseits kann man mit einer kleinen Minderheit Entscheidungen blockieren. Da können natürlich auch Lobbyisten verstärkt Einfluss nehmen.

Es gab einen Vorstoß, dass transnationale Unternehmen ihre Steuerzahlungen und Einnahmen nach Land aufgeschlüsselt veröffentlichen müssen. Das wird bisher nicht durchgesetzt und ist auch überhaupt nicht bekannt in Europa. Die deutsche Regierung verteidigt die Interessen dieser Unternehmen und hat Verbündete gefunden. Jahrelang wussten wir nicht, mit wem Deutschland das Gesetz blockiert hat. Dann haben wir herausgefunden, dass es u.a. die Sozialdemokraten in Schweden und Portugal waren. Dieser Prozess ist also dysfunktional. Teilweise wussten die Regierungen gar nicht, wie ihre Beamten in Brüssel entschieden. Nachdem das rauskam, revidierte die portugiesische Regierung plötzlich ihre Position.

Wenn man sich die Länder einzeln anschaut, sieht man, dass es oft passiert, dass die Brüsseler Beamten über Gesetze entscheiden und die Regierungen gar nichts davon wissen. So werden viele Gesetze blockiert, im Oktober waren es 30 Entwürfe der

Kommission, die im Rat feststeckten. Das EU-Parlament leistet jede Menge Arbeit, die durch das Blockieren des Rates dann umsonst ist.

Das ist undemokratisch. Im Lissabonner Vertrag steht, dass jede Bürger\*in das Recht hat, sich am Gesetzgebungsprozess zu beteiligen, also Transparenz, und dagegen verstößt der Rat regelmäßig. Wir haben uns mit Herrn Maduro vom Europäischen Gerichtshof unterhalten, und er sagte, die Geheimhaltung im Rat verstößt gegen das Fallrecht des Europäischen Gerichtshofs. Da sollten Journalist\*innen unbedingt dranbleiben und weiter recherchieren.

Sven: Vielen Dank, Harald. Könntest du uns noch sagen, wie der Rat auf deine Nachfragen reagiert hat? Wer übrigens Tonprobleme hat, kann gerne probieren, die Videos auszuschalten. Sie können gleich gerne Fragen stellen unter F&A, Sie können gute Fragen auch upvoten.

Harald: Ich wollte mich kurzfassen, aber natürlich sage ich gerne etwas dazu. Die Pressestelle des Rats behandelt uns genau wie der Rat, nämlich genauso wie z.B. Emily O'Reilly, die Bürgerbeauftragte: Sie beantworten keine kritischen Fragen, zumindest nicht öffentlich. Wir haben gefragt: Warum beantworten Sie die Aufforderung von 20 Ländervertretungen nicht öffentlich? Sie antworteten, die Frage sei angekommen, und dann geschah nichts mehr.

Weiterhin fragten wir: Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, dass der Rat gegen seine Rechtsprechung verstößt. Wie kann das sein? Und: Warum sind die Dokumente immer noch nicht öffentlich, obwohl dies in den Europäischen Verträgen festgeschrieben ist?

Die Verantwortlichen beim Rat scheinen sich für unberührbar zu halten, sie entschuldigen sich nicht mal, wenn sie nicht antworten.

Sven: OK, Harald, bevor du dich in Rage redest: Das ist für Abgeordnete Alltag.

Jetzt geht es weiter mit Vicky und Sie im Publikum können weiter Fragen stellen, später auch per Wortmeldung. Das Webinar wird aufgezeichnet. Wenn Sie Ihren Namen nennen, wird dies also öffentlich. Bitte sagen Sie uns, wenn Sie zu einer Institution gehören.

Vicky, wie ist deine Erfahrung? Kann man so etwas vor Gericht bringen?

Vicky: Vielen Dank. Was Harald sagt, kommt uns beim Corporate Europe Conservatory bekannt vor. Wir fordern oft Protokolle der Arbeitsgruppen an und scheitern, weil es die gar nicht gibt oder sie nicht rausgegeben werden, weil da die Positionen der Mitgliedsstaaten ersichtlich wären.

Die Intransparenz im Rat kommt den Lobbyisten zugute. Das will ich noch näher erläutern. Wie hilft Intransparenz der Unternehmenslobby? Die Protokolle sind nicht öffentlich, man

muss sich also sehr bemühen, um da heranzukommen. Das ist ein Vorteil für die Lobbyisten, die dafür die Mittel haben. Sie haben die Zeit und das Geld, um bei den 27 Mitgliedsstaaten nachzufragen und Kampagnen durchzuführen. Die Unternehmenslobby hat den längeren Atem, und diese Themen ziehen sich oft über Jahre hin. Benachteiligt werden NGOs und Gewerkschaften. Wir versuchen seit Jahren, aufzuzeigen, wie die Unternehmenslobby Regierungen und EU-Organe beeinflusst, in Deutschland zum Beispiel die Auto-Lobby oder in UK die City of London. Auf nationaler Ebene sind die Regierungen und die Lobbys eng verflochten. Der Rat ist so intransparent, dass es schwer nachvollziehbar ist, wie dort die Verflechtungen aussehen.

Es gibt auch weniger drastische Beispiele für Einflussnahme: z.B. Frankreich und Verleger zum Thema Urheberrecht und Datenschutz, oder Irland und Einwegplastik. Bei zu vielen Themen werden die unternehmerischen Interessen dem öffentlichen Interesse vorangestellt. Durch den Mangel an Transparenz können wir diesen Einfluss der Lobbyisten nicht aufdecken und bekämpfen. Wir brauchen also zuallererst mehr Transparenz im Rat. Es ist sehr gut, dass Investigative Europe, wir, die Abgeordneten und die Bürgerbeauftragte das Thema jetzt auf der Tagesordnung haben, aber wir müssen noch mehr tun. Einige Länder setzen sich auch für mehr Transparenz ein, aber auch das nicht auf der Ebene der Arbeitsgruppe.

Deutschland hat aktuell den Vorsitz im Rat, dann Portugal, dann Slowenien und dann Frankreich. U.a. Portugal hat sich aktuell bisher nicht für eine Öffnung des Rates eingesetzt, und auch bei Slowenien bin ich skeptisch.

Positiv ist, dass einige nationale Parlamente und Abgeordnete sich für mehr Transparenz einsetzen, z.B. Skandinavien und die Niederlande. Diese nationalen Abgeordneten nehmen jetzt auch mehr Einfluss auf ihre Beamten auf EU-Ebene.

Viele Parlamente in Europa haben dieses Recht der Einflussnahme noch nicht, aber da entsteht im Moment immer mehr Bewusstsein. Heute tagt auch COSAC zu dem Thema. Es stimmt mich optimistisch, dass sich nationale Parlamentarier\*innen diesem Thema immer mehr bewusst sind und sich für Transparenz im Rat einsetzen und ihre Rechte einfordern.

Sven: Vielen Dank, Vicky. Eine Rückfrage: Ihr beim CEC und auch du persönlich fordert ja oft Zugang zu Dokumenten an, und dafür gibt es einen Prozess - man fragt an und kriegt dann vielleicht Zugang, vielleicht auch nur teilweise. Dann kann man beim Rat Beschwerde einlegen und danach geht es ggf. vor Gericht. Wie ist da deine Erfahrung?

Vicky: Wir sind bisher noch nie vor Gericht gezogen. Wir haben kürzlich Zugang zu einem Dokument zu Steuern auf digitale Dienstleistungen angefordert. Die Hälfte der Dokumente haben wir bekommen, aber nicht die, die besonders interessant waren und wo die Positionen der Länder drinstanden. Der Rat sagte, das läge daran, weil das den Druck erhöhen würde, wenn das öffentlich würde. Unsere Meinung ist, dass es öffentlich sein muss, damit eben nicht nur die Unternehmenslobby Einfluss nehmen kann, sondern alle.

Man kann bei jeder EU-Institution Dokumente anfordern und kann Beschwerde einlegen, wenn man keinen Zugang bekommt, und das funktioniert dann meistens.

Sven: Danke, Vicky. Ich nehme jetzt einige schriftliche Fragen entgegen.

Warum hat die deutsche Regierung die Steuergesetzgebung für transnationale Unternehmen blockiert?

Harald: Ich weiß nicht, was Herr Altmaiers Motive waren, aber die Unternehmen in Deutschland sind von der Lobbyarbeit her gut aufgestellt, und zwar besonders die Stiftung Familienunternehmen. Das klingt nach KMU, ist es aber nicht. Es ist eine Koalition von Oetker, Lidl etc., großen internationalen Unternehmen in privater Hand. Die haben eine Studie beauftragt, die besagt, dass es ein Wettbewerbsnachteil wäre. Und wenn sich in Deutschland die großen Unternehmen beschweren, gibt die deutsche Regierung meistens nach, und so war es auch hier. Das Gesetz hätte für alle europäischen Unternehmen mit einem bestimmten Mindestumsatz gegolten, egal wo der Unternehmenssitz ist. Die Unternehmen wollen einfach den Druck nicht und wollen nicht preisgeben, wieviel Steuern sie wo zahlen.

Herr Scholz und die Parteien des linken Spektrums haben da kürzlich ihre Meinung geändert. Aber im Rat braucht man ja eine Zweidrittel-Mehrheit, und da reicht es immer noch nicht.

Sven: Wir haben sehr viele Fragen.

Vicky: Die Bundesregierung verweigert sich hier der Verantwortung, und das ist besonders schlimm, weil sich Deutschland im Rat dadurch enthält und das bedeutet, dass es eigentlich eine qualifizierte Mehrheit gäbe für das Gesetz, aber durch Deutschlands Enthaltung geht es nicht weiter mit dem Gesetz wegen dieser Uneinigkeit in der Koalition. 227.000 Bürger\*innen haben über Campact gefordert, dass über das Gesetz abgestimmt wird, aber es passiert nicht.

Sven: Wir haben die portugiesische Regierung aufgefordert, das Thema in ihr Programm aufzunehmen, aber sie scheinen zögerlich. Das ist das Problem mit der qualifizierten Mehrheit.

Nächste Frage: Kann man nicht rechtlich gegen dieses Verhalten des Rats vorgehen?  
Harald?

Harald: Wir denken darüber nach. Vicky hat schon einen Modellfall und wir arbeiten auch daran. Ich empfehle die Lektüre der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs zum Rat im Trilog. Die Entscheidungen des Rates müssen da öffentlich sein, auch wenn die Verhandlungen noch laufen. Aber das Parlament weigert sich immer noch, sich an diese Entscheidung zu halten.

Auch das Urteil von 2008 ist relevant. Die EU-Gerichte sagen ganz klar, dass der Rat transparent sein muss, weil die Bürger\*innen sonst die Legitimität des Prozesses anzweifeln können. Ich sehe gute Chancen, dass wir in Luxemburg vor Gericht gewinnen.

Sven: Das stimmt, aber das Parlament hält sich oft nicht an die Entscheidungen. Das Parlament veröffentlicht Dokumente nur auf Anfrage, nicht automatisch. Ich habe mal eine Kampagne durchgeführt, dass Bürger\*innen einfach alle Dokumente anfragen sollen. Der

Rat veröffentlicht überhaupt keine Dokumente mit den Positionen der Länder. Das Parlament und die Bürgerbeauftragte haben gesagt, dass das nicht geht. Im Bundestag würde eine Fraktion vor Gericht ziehen, aber im Parlament brauchen wir eine Mehrheit, und das wird schwierig. Also kann das Parlament nicht vor Gericht ziehen. Wir müssen uns also auf Fallrecht berufen. Die Arbeitsweise des Rats würde sich dadurch aber immer noch nicht verändern, es würde nur den Druck erhöhen. Es hilft, wenn wir so viel Fallrecht wie möglich haben. AsktheEU ist eine NGO, die eine Plattform betreibt, wo man Zugang zu Informationen anfordern kann und die Antworten dokumentiert werden. Es ist wichtig, dass wir so oft wie möglich Beschwerde einlegen und vor Gericht ziehen.

Vicky: Wir brauchen Transparenz über die Beamten in den Arbeitsgruppen und die Lobbyisten, und wir brauchen ein Lobbyregister, aber selbst ein EU-Register wäre wahrscheinlich nicht umfassend genug. Das aktuelle EU-Register ist sehr mangelhaft. Das irische ist interessanter und umfassender, weil auch irische MEPs abgedeckt sind.

Lobbyismus im Rat wird aber wahrscheinlich immer eine Grauzone bleiben. Die Regierungen müssten proaktiv über ihre Sitzungen Bericht erstatten und über Treffen mit Lobbyisten. Wir wissen nicht, wer auf Beamtenebene Lobbyarbeit betreibt. Würde ich Einfluss nehmen, würde ich mich an die Beamten wenden, die in den Sitzungen sind, denn die unterliegen aktuell keiner Transparenzpflicht.

Harald: Im Chat gibt es Fragen nach der Rolle der Nationalparlamente. Leider haben die Parlamente zwar starke Rechte, aber die Abgeordneten nutzen sie selten. Eigentlich haben die Regierungen Rechenschaftspflicht gegenüber den Abgeordneten. In Deutschland hat der Bundestag nur einmal ein Mandat gegeben in dieser Legislaturperiode, und zwar zum Thema Brexit. Sonst gibt es nie eine Mehrheit im Bundestag, dass die Regierung Rechenschaft ablegen muss. Die Begründung ist, dass man ja eh die Regierung kontrolliert und das nicht öffentlich diskutieren möchte. Das ist in vielen anderen europäischen Parlamenten ähnlich. Sie achten mehr auf das Subsidiaritätsprinzip, aber interessieren sich weniger für die Inhalte der Gesetzesentwürfe.

Es wurde gefragt, ob wir die deutsche Regierung nach den Positionen von anderen Ländern gefragt haben. Ja, haben wir. Wir haben gefragt, wie im Rat die Transparenzfrage besprochen wird. Wir haben über 200 Seiten bekommen, aber alle nationalen Regierungspositionen waren geschwärzt. Im ach so transparenten Schweden haben wir das auch gemacht, und es kam genau das gleiche. Die Parlamentsmehrheiten scheinen damit also kein Problem zu haben.

Sven: Ich lasse jetzt einige Teilnehmer\*innen zu Wort kommen.

Marianne Fricke: Das war ein Fehler, ich wollte gar nichts sagen.

Sven: Schade.

Emanuele Rebasti: (keine Antwort)

Christian Sterzing: Ich wollte auch keine Frage stellen, sorry.

Sven: Dann mache ich mal weiter.

Uta Lentföhr-Ratjen: (keine Antwort)

Sven: Ich gebe jetzt allen da Wort, die etwas sagen wollen.

Wolfgang Firmenich: (keine Antwort)

Sven: Das ist etwas frustrierend. Ich mache stattdessen mit den schriftlichen Fragen weiter.

Wir reden nochmal über die Parlamente der Mitgliedsländer. Die Ungleichheit beim Wählen ist noch größer: Das Saarland hat zwei Stimmen und NRW nur sechs, obwohl NRW viel größer ist. Manches ist im Bundesrat aber noch schlimmer als im Europäischen Rat. Im Bundesrat wird nicht mal die Abstimmung protokolliert. Harald, arbeite doch mal am Bundesrat. Die Intransparenz ist nicht nur ein europäisches Thema, sondern ein Föderalismusthema. Diese Probleme gibt es auch in anderen Bundesstrukturen.

Bei den nationalen Parlamentsabgeordneten: Hier gibt es EUdocs, eine Datenbank für Dokumente, wo auch die Positionen zu finden sind. Die Parlamentarier haben dazu auch auf europäischer Ebene Zugang, aber nur die mit den richtigen Connections.

Im EU-Parlament wissen also nur manche Bescheid, was im Rat passiert. Das gleiche gilt für die Lobbyisten. Es gibt also ungleichen Zugang zu Informationen. Das hängt von der eigenen Machtposition ab und z.B. aus welchem Mitgliedsstaat man kommt, und das ist inakzeptabel. In den Niederlanden wehrt man sich jetzt dagegen, wohingegen Skandinavien noch zögerlicher ist. So viel von meiner Seite zu diesem Thema.

Wir haben schon viel besprochen. Eine weitere Frage: Das Vorgehen von Regierungen im Rat ist teilweise verständlich. Aber im Rat gibt es überhaupt keine Transparenz mehr. Seht ihr das so, dass das im Rat nachvollziehbarer oder nicht?

Zum Trilog als Blackbox gibt es auch eine Frage, und dann zum Beispiel eines blockierten Dokuments zur Gleichbehandlung der Menschen, egal welches Alter, sexuelle Orientierung etc. sie haben, und dieses Dokument wird seit 2008 blockiert.

Harald, einige wünschen sich deine Grafik, vielleicht kannst du sie im Chat hochladen.

Sehr vieles haben wir schon besprochen. Jetzt ist Mona dran, und dann kommen wir zum Ende.

Mona Aranea: Ich arbeite bei der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf. Vorher habe ich zur Corporate Lobby in Brüssel gearbeitet, und damals habe ich mich auf die Arbeitgeberlobby konzentriert. In Gesprächen mit Freunden ist mir klargeworden, dass das Thema Arbeit wenig Aufmerksamkeit findet in diesen Diskussionen, und ich frage mich, warum. Wir haben einen integrierten Arbeitsmarkt in der EU, aber wenig Kontrolle über die Arbeitsbedingungen. Ist das nicht ein Vorteil für die Unternehmensinteressen? Und zum Transparenzregister: Manche Unternehmen tragen falsche Informationen ein, besonders bei ihren Brüsseler Büros, z.B. die Handelskammer in Brüssel teilt sich das Büro mit großen

deutschen Einzelhändlern. Diese geben ihre Brüsseler Adresse allerdings im Register nicht an. Viele Unternehmen teilen sich Büros in Brüssel mit Lobbyisten, und das ist im Registereintrag nicht ersichtlich. Schauen sich Organisationen wie eure sich das genau an?

Sven: Danke nach Düsseldorf. Wir kommen jetzt zum Schluss und beantworten noch die letzten Fragen.

Vicky: Danke an Mona für die Fragen. Beim Thema Arbeit hast du Recht, das Thema wird zu wenig beachtet. Die Zivilgesellschaft sollte da mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten. Und da haben wir eben wieder diesen Mangel an Ressourcen.

Beim Lobbyregister hast du auch Recht. Es ist leider freiwillig, und das wirkt sich auf die Qualität der Daten aus. Das gilt auch für die Finanzzahlen, die oft falsch angegeben werden. Deswegen gibt es Lobbyfacts, eine Datenbank, die die Informationen anders darstellt.

Wenn ein Unternehmen mit Brüsseler Büro die Zahlen falsch angibt, kann man auch das Jahresbudget einsehen und das prüfen. Das erkläre ich nach dem Webinar gerne noch näher.

Ich möchte mich für das Webinar bedanken, es ist so ein wichtiges Thema. Ein letztes Beispiel der Intransparenz des Rates: Wer sich in Brüssel auskennt, weiß, dass manche Ratsvorsitzende sich von Unternehmen sponsern lassen. Deutschland nicht, aber das gab es in der Vergangenheit. Die Bürgerbeauftragte hat dazu einen schockierenden Bericht verfasst. Aber wegen der mangelnden Transparenz haben wir auch dazu keine Informationen. Die Mitgliedsstaaten nutzen das aus. Der Rat fordert da Transparenz bei dem Sponsoring, aber die Mitgliedsstaaten blockieren das nicht und wir wissen nicht, welche genau. Das ist beispielhaft für die Probleme im Rat. Bitte setzt euch ein und stellt Anfragen und legt Beschwerde ein.

Harald: Zum Thema Arbeitnehmerrechte sehe ich es auch so, dass da in der Zivilgesellschaft mehr passieren könnte. Das hat auch damit zu tun, wie die europäischen Gewerkschaften funktionieren. Wir von Investigative Europe haben einen Bericht über die absichtliche Prekarisierung des EU-Arbeitsmarkts herausgegeben. Im Rahmen unseres Ratsprojekts werden wir das auch weiterverfolgen, z.B. das Thema Mindestlohn.

Zur Frage zur Nichtdiskriminierungsrichtlinie, die schon so lange feststeckt: Da braucht es Einstimmigkeit im Rat, also müssen alle Mitgliedsstaaten dafür stimmen. Manche EU-Staaten werden niemals dafür stimmen, selbst bei maximaler Transparenz im Rat.

Nochmal zum Bundesrat: Damit werde ich mich nicht beschäftigen, weil wir uns auf europäische Themen konzentrieren, aber mein Kollege Harald Funk setzt sich damit auseinander. Für Journalisten ist es relativ einfach, rauszukriegen, was im Bundesrat passiert, weil wir einfach die Landesregierungen anrufen können. Einfacher, als 27 Mitgliedsstaaten zu kontaktieren. Beim Rat brauchen wir also noch viel mehr Transparenz als im Bundesrat.

Sven: Ich würde sehr gerne noch weiter über die deutsche Situation diskutieren, aber lieber an anderer Stelle bei einem Glas Wein. Es war eine spannende und hochaktuelle Diskussion heute. Der Rat weigert sich ständig, Zugang zu Dokumenten zu gewähren, und da hat das Parlament teilweise noch weniger Rechte als die Bürger\*innen. Deshalb brauchen wir Fallrecht, um Druck auszuüben und diese Verfahren zu reformieren.

Der Bericht der Bürgerbeauftragten war strategisch, und sie wünscht sich auch, dass die Bürger\*innen sich individuell beschweren und ihr Recht ausüben und Dokumente anfordern. So schärfen wir das Bewusstsein zu diesen veralteten Methoden.

Wir sollten in der EU schon weiter sein bei der Transparenz. Regierungen sind ihren Bürger\*innen gegenüber rechenschaftspflichtig. Im Trialog hat das EU-Parlament stärkere Rechte als in der 2. und 3. Lesung. In der Ratsphase wird es dann intransparent. Die Alternative wäre gar kein Trilog und nur die 1. und 2. Lesung, aber dann brauchen wir die Zweidrittelmehrheit im Plenum, und das ist sehr schwierig. So wären viele Gesetze nie verabschiedet worden. Langfristig brauchen wir eine europäische Republik mit einer zweiten Kammer.

Nochmal zu den Gewerkschaften: Mona, ich werde dich kontaktieren. Warum haben wir da keine volle Unterstützung? Auch die Gewerkschaften sehen sich zu Recht als effektive Lobby. In Deutschland haben die Gewerkschaften das Lobbyregister nicht sehr stark unterstützt. Auf europäischer Ebene ist das ähnlich. Das ist kein Zufall. Ich denke, je mehr die Globalisierung voranschreitet, desto mehr transnationale Demokratie brauchen wir, und da müssen sich alle progressiven Kräfte für Lobbytransparenz einsetzen. Da könnten wir uns mit der Hans-Böckler-Stiftung zusammenschließen. Ich verspreche, dass ich mich weiter dafür einsetze. Mein Kollege Daniel Freund ist jetzt im EU-Parlament zu diesem Thema, er war vorher bei Transparency International.

Danke für das große Interesse und viel Erfolg mit den weiteren Artikeln. Wir brauchen noch mehr davon. Mit mehr Transparenz wären wir schon viel weiter. Da geht es nicht um rechts oder links, sondern um demokratische Prinzipien.

Vielen Dank fürs Dabeisein und weiter so. Das nächste Webinar findet zusammen mit MEPs aus den Mitgliedsstaaten statt zum Thema des Scheiterns der BaFin bei Steuerhinterziehung und Geldwäsche.

Alles Gute und bis zum nächsten Mal!